

## Mäzenatenum

# Beim Schenken ans Gemeinwohl denken

Von Eva Stanzl und Christoph Irrgeher

Der Gesetzgeber will die Österreicher spendenfreudiger machen. Eine Novelle zielt auf die Vereinfachung von Stiftungsgründungen ab, auch Zuwendungen an subventionierte Kultureinrichtungen sollen steuerlich absetzbar werden.

Wien. Die Salzburger Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler fordert es seit Jahren, auch der Industrielle und Mäzen Hans Peter Haselsteiner votierte zuletzt in der "Wiener Zeitung" dafür: Spenden an Kunst und Kultur sollen steuerlich absetzbar sein; dann würden dafür auch die Bürger in Österreich verstärkt in die Tasche greifen.

Dieser Meinung ist offenbar auch Harald Mahrer (ÖVP). Im internationalen Vergleich würden private Zuwendungen für Kultur, Forschung und Soziales auf "peinlichem Niveau" rangieren, sagt der Wissenschaftsstaatssekretär: Während gemeinnützige Stiftungen in Deutschland pro Jahr etwa 15 und in der Schweiz rund 1,2 Milliarden Euro ausschütten, liege der Vergleichswert in Österreich bei geschätzten 20 bis 25 Millionen.

### "Ein Schritt vorwärts"

Diese karge Zahl dürfte freilich nicht von ungefähr kommen: In Österreich gelten Kultur und Forschung traditionell als Sache des Staates - und des Steuergeldes. Weil die Subventionen stagnieren, soll nun aber offenbar der private Geldfluss stimuliert werden. Dazu ist derzeit ein Gesetz in Begutachtung. Zentraler Punkt dieses "Gemeinnützigkeitspakets" ist die Erleichterung von Stiftungsgründungen. Sie sollen künftig ähnlich einfach ablaufen wie die Schaffung eines Vereins: Ist das Stiftungsstatut verfasst und grünes Licht der Behörde vorhanden, könne die Stiftung innert sechs Wochen loslegen.

Weiterer Punkt: Wenn ein Gönner einer gemeinnützigen Einrichtung eine Immobilie oder ein Grundstück verehrt, sollen die - bisher abschreckende - Grunderwerbssteuer sowie Gebühren entfallen. Und: Wer einer gemeinnützigen Stiftung Geld spendet, soll dies (bis zu einer Höhe von zehn Prozent der Jahreseinkünfte und im Umfang von höchstens 500.000 Euro über fünf Jahre) steuerlich absetzen können. Auch Kunst- und Kultureinrichtungen sollen dieses Privileg künftig



**Einen Goldesel mit mehr Leistung müsste man haben! Generöse Mäzene sind hierzu lande bisher eher Mangelware.**

nützen können, falls sie eine Bundes- oder Landesförderungen erhalten. Ein Durchbruch, denn bisher genoss nur eine Handvoll Kulturinstitutionen dieses Privileg. Der Klub der Spendenbegünstigten umfasst derzeit Organisationen, die sich der Forschung, dem Umweltschutz oder der Mildtätigkeit widmen; auch Feuerwehrverbände gehören dazu.

In der Kulturwelt herrscht jedenfalls Freude über den Plan. "Es ist ein Schritt vorwärts, auf den wir lange gewartet haben", erklärt Festspiel-Präsidentin Rabl-Stadler. Mehr möchte sie derzeit nicht sagen, sie müsse sich noch eingehend mit dem komplexen Entwurf befassen. Auch Thomas Platzer, kaufmännischer Direktor der Wiener Staatsoper, kennt die Pläne noch nicht en detail, ist ihnen aber prinzipiell wohlgesonnen: "Das wird uns auf jeden Fall helfen, Drittmittel zu lukrieren." Die Suche nach Sponsoren - also jenen Geldgebern, die im Gegenzug zumindest einen Werbewert erhalten - sei zuletzt durch Compliance-Richtlinien erschwert worden. Nun wittert Platzer Morgenluft: "Wir werden uns anschauen, ob man diesbezüglich gezielte Aktionen setzen und bewerben kann."

Ob die Novelle auch kleinen Veranstaltern nutzt, ist freilich die Frage. Der Kulturforscher Michael Wimmer nimmt jedenfalls an, dass der Großteil der Spenden den bereits gut etablierten Institutionen zugutekommen würde und deutlich weniger der künstlerischen Avantgarde und der Off-Szene - auch deshalb, weil die "Kleinen" weder die Zeit noch das Personal hätten, um ein effizientes Fundraising aufzubauen.

Wohl auch aus diesem Grund nehmen Vertreter von Wissenschaft und Forschung eine eher kritische Grundhaltung zu dem Papier ein. "Der Entwurf gibt uns Rückenwind, um mehr Stiftungskapital lukrieren zu können. Wir bieten Gemeinnützigen die Möglichkeit, sich das beste Forschungsteam auszuwählen. Aber es gibt noch viel zu tun, damit Stifter zu uns kommen", sagt Gerhard Kratky, Konsulent für private Zuwendungen im Wissenschaftsfonds FWF. Die größte Agentur zur Förderung von exzellenter Grundlagenforschung kann mangels Budget jedes Jahr nur 20 Prozent der Anträge genehmigen, gemeinnütziges Kapital könnte neue Ausschreibungen ermöglichen. Dem FWF war es bereits 2014 gelungen, die Gottfried und Vera Weiss-Stiftung für Stipendien in Meteorologie und Anästhesie zu gewinnen. Stiftungskurator Rudolf Bauer hatte damals von einer "mühevollen Errichtung, die ein ganzes Jahr gedauert und eine Jahresausschüttung an Abgaben gekostet hat", gesprochen: "Allein um festzuhalten, dass das Immobilienvermögen in die Stiftung übergeht, fiel eine Grundbucheintragungsgebühr von 100.000 Euro an."

In Zukunft soll es leichter werden - wenn Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird. "Die Wissenschaftscommunity muss Ideen liefern, warum sie interessant für Stifter ist", bestätigt Günther Lutschinger, Geschäftsführer des Fundraising Verbands Austria. Das Institute of Science and Technology (IST) Austria in Maria Gugging, das eine

Langfrist-Finanzierung durch den Bund genießt, war dabei schon bisher erfolgreich - zuletzt konnte es den heimischen Landmaschinenhersteller Pöttinger gewinnen. Für das IST ist die geplante Neuerung ein "richtiger, wichtiger Schritt", doch eine Stiftungskultur wie in Deutschland müsse hierzulande erst etabliert werden. Elisabeth Fiorioli, Generaldirektorin der Universitätenkonferenz, ist hingegen zurückhaltend: "Diese Neuerung nimmt die öffentliche Hand nicht aus ihrer Verpflichtung, die Universitäten so zu finanzieren, dass sie ihre Aufgaben auf hohem Niveau weiter wahrnehmen können", sagte sie. Wenn das Gesetz Anfang 2016 kommt, haben Stifter die Möglichkeit, Teile von Forschungsprojekten zu werden. Um kompetitiv zu sein, müsste aber laut Lutschinger an noch einer Schraube gedreht werden. "Im Unterschied zu unseren Nachbarländern werden im derzeitigen Papier die Vermögenserträge aus Stiftungskapital so wie alle Kapitalvermögen besteuert. Das heißt, wir können immer noch nicht 100 Prozent der Erträge ausschütten, weil diese 25 Prozent Kapitalertragssteuer unterliegen", sagt er: "Wenn wir einen europäischen Gleichklang haben wollen, wird das ein Knackpunkt sein."

URL: [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/kultur/kulturpolitik/782967\\_Beim-Schenken-ans-Gemeinwohl-denken.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/kultur/kulturpolitik/782967_Beim-Schenken-ans-Gemeinwohl-denken.html)

© 2015 Wiener Zeitung